

Sigharting, im Mai 2024

An die
DG Agriculture and Rural Development

z.H.
Herrn Generaldirektor
Dr. Wolfgang BURTSCHER

L130 8/192
B-1049 Brussels/Belgium

Offener Brief sowie zentrale Anliegen der Bauern am Beispiel Österreichs zur GAP und damit zur Zukunft der Bauern bzw. des Bauernstandes in Europa

Lieber Generaldirektor Wolfgang Burtscher!

Vorab möchten wir uns herzlich bei dir bedanken, dass du es österreichischen Bauern ermöglichst, ihre Anliegen zur GAP und damit zu zentralen Fragen – die ökonomische Zukunft des Bauernstands betreffend – dir persönlich mitzuteilen bzw. dir auch in dieser Form schriftlich zu überreichen.

Präambel:

Bauern sind wütend-verbittert-resigniert-entwurzelt-entrechtet-gedemütigt-entmündigt

Wir, viele oder die meisten österreichischen Bauern sind heute, 29 Jahre nach dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 desillusioniert, verbittert, empört, wütend, verzweifelt, resigniert, ermüdet, kaputt, frustriert, entwurzelt, entrechtet, entmündigt, gedemütigt, ihrer Existenzen beraubt. Wir haben die EU-Agrarpolitik GAP, die als einzige gemeinsame Politik in Europa einst als positiv gesehen wurde, satt. Und zwar so, wie sie gestaltet ist, komplett satt.

Und nein, wir sind keine Pessimisten, im Gegenteil. Wir Bauern, unser Berufsstand ist der flexibelste, modernste und fleißigste gemessen an den Zumutungen der letzten 100 Jahre. Wir sind die einzigen, die das Land und seine Regionen seit Jahrhunderten gestalten, verwalten, pflegen und kultivieren. Wir schaffen gratis die von allen Bürgern geschätzte Schönheit unserer Kulturlandschaft.

Wir sind jene Berufsgruppe, die dafür sorgt, dass durch unseren Schweiß, unseren sorgsamem Umgang, unseren Fleiß – mit unserem Wissen und unserer Verantwortung ein derart schönes, wunderbares Land als Rahmen zum Leben bereitgestellt wird. Und: noch sind wir imstande, den Großteil der wichtigsten Arbeit zu erledigen, nämlich unser Land mit regionalen Lebensmitteln zu versorgen. Die Frage, die wir uns täglich stellen ist jedoch, wie lange noch?

Wenn wir von „noch“ sprechen, dann deshalb, weil der zur Einleitung geschriebene Gemütszustand unserer Meinung nach in den nächsten 5-10 Jahren bei den Agrarbetrieben – also unseren Bauern bzw. deren Höfen einen Kahlschlag – sprich ein Zusperrern der Betriebe zur Folge haben wird, den wir in unserer Geschichte in den letzten beiden Jahrhunderten so nicht erlebt haben!

Aus der Hoffnung für Perspektiven durch den EU-Beitritt wurde für die Bauern ein Desaster 2

Als wir uns 1994 nach hunderten Diskussionen mit der Abstimmung mehrheitlich für einen EU-Beitritt entschieden haben, waren wir auf Grund der damals geltenden Spielregeln bzw. bestehenden Rahmenbedingungen in der EU vorsichtig optimistisch, dass dieser Schritt auch aus der Sicht der Bauern gewagt werden kann bzw. Sinn macht.

Heute, knapp 30 Jahre später müssen wir voll Bitterkeit erkennen und feststellen, dass diese EU und die sogenannte EU-GAP vielen Bauernhöfen und damit vielen bäuerlichen Existenzen nicht Mut machte, sondern Betriebe zu tausenden ökonomisch ruinierte bzw. deren Existenzen vernichtete.

Die in Europa mit der Bauernbefreiung durch Kudlich im 19. Jahrhundert „frei“ gewordenen Bauern sind heute mehr denn je versklavt. Sie tragen ein Joch der Ausbeutung auf Grund unakzeptabler, untauglicher Spielregeln bei den Erzeugerpreisen, dass sie wirtschaftlich fast erdrückt oder schon erdrückte. Dazu müssen die Bauern einen Riesenrucksack an Bürokratie ertragen bzw. erdulden, der tausende Bauern dazu bewegt, die Stalltüre zu schließen, die Bewirtschaftung der Höfe zu beenden.

Es gibt kein freies Handeln und Wirtschaften mit praxistauglichen Rahmenbedingungen und Spielregeln. Im Gegenteil: wir werden von ideologisch geprägten, völlig praxisfremden und fachlich komplett unwissenden zentralistischen Vorgaben und Kontrollen überrollt. Man hat den Eindruck, ein von Brüssel neuer kreierter, gesteuerter Kommunismus wird auf Bauern und Bürger losgelassen.

Die EU-GAP hat innerhalb weniger Jahrzehnte geschafft, was davor weder Seuchen, Kriege, die schlechte Witterung oder die industrielle Revolution schafften: Den einst stolzen Bauernstand in seinen Grundfesten zu erschüttern und sie fast zu tausenden von den Höfen zu vertreiben. Die noch „verblieben Bauern“ werden praktisch zum „versklavten“ Rohstoffbereitsteller zu degradiert.

Keiner ist verantwortlich/will verantwortlich sein, doch: Wo soll das hinführen?

Der Weg von uns nach Brüssel ist eine Notwehraktivität. Wenn die gewählten Vertreter ihre Arbeit nicht tun oder ihre Aufgaben nicht wahrnehmen und nur kurz vor allfälligen Wahlen Aktivität vortäuschen, dann muss man sein Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Wir sehen dabei nicht im Dreschflügel oder in der Mistgabel – symbolisch für den Kampf um unsere Anliegen genannt – das richtige Werkzeug für Veränderungen der untragbaren Zustände. Noch nicht. Wir meinen, dass man zu den offenen Fragen, Problemstellungen konkrete Lösungen auf den Tisch legen müssen. Unsere Vertretung tut das nicht. Sie redet sich in der Regel darauf aus, man müsse tun bzw. umsetzen, was von Brüssel vorgegeben wird.

Es gilt: Wo ein Wille, da ein Weg. Wo kein Wille, da Ausreden.

Wir zeigen am konkreten Beispiel auf, was nicht passt und wie es geändert werden muss. Unsere Lösungsvorschläge sind alle umsetzbar. Wenn man will. Wir übermitteln nachstehend eine Zusammenfassung der aktuellen Themen aus unserer Sicht, die dringend einer Lösung für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung der Land- und Forstwirte und damit der Einkommen der bäuerlichen Familienbetriebe ermöglichen.

Unsere Themen und Vorschläge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die große Anzahl an offenen, nicht erledigten Themen wie Punkten zeigt aber unmissverständlich auf, dass es bei den Bauern eine totale Schieflage bei den Einkommen gibt. Weil die Rahmenbedingungen und Spielregeln nicht passen. Die Situation der Bauern ist dramatisch schlecht, auch wenn das von Standesvertretungen schlichtweg verschwiegen oder weggedrückt wird.

UBV-Programm als Richtschnur für praxistaugliche Lösungen – also Bauern-Einkommen

Wir haben bereits Ende 2017 im Zusammenhang mit der aktuellen neuen GAP alle wichtigen Themen und Punkte schriftlich zusammengefasst und konkrete Lösungsvorschläge festgehalten. Das wird vielfach als Majestätsbeleidigung gesehen.

Ausreden dominieren bis auf wenige Ausnahmen die Reaktionen auf alle notwendigen Korrekturen der aktuellen Vorgaben und Pläne aus Brüssel rund um die GAP, wenn man „Bauernvertreter“ damit konfrontiert. Und sie betonen: „Da könne man nichts machen, das komme aus Brüssel, die GAP sei alternativlos.“ Daher sind wir nun hier in Brüssel, wenn hier die Musik spielt!

Wenn es also um die GAP geht, gehen wir davon aus, dass in der Generaldirektion Landwirtschaft die meisten Weichen gestellt werden oder auch neue Geleise erfunden werden, weil dies da oder dort ein politischer Wunsch ist. Egal ob er tauglich ist oder nicht.

Wir wiederholen uns, aber wir brauchen echte Lösungen. Keine Absichtserklärungen, keine Totalüberwachung, keine weltfremden ideologisch Träumereien. Wir brauchen Lösungen und ein echtes Regelwerk an Spielregeln wie Rahmenbedingungen, die auch funktionieren.

Sport als gutes Beispiel – wie Spielregeln – und Rahmenbedingungen fair sind

Beliebte Ausreden für komplette Fehlentwicklungen sind immer wieder auch die angeblichen Marktspielregeln. Nun wir wissen alle, dass diese Spielregeln – es steckt ja schon das Wort Regel dahinter – keine Gottesgesetze sind, sondern von Menschen erdachte Ungerechtigkeiten. Es regelt also nicht der Markt z.B. Preise, sondern es regelt am Markt jenes Gesetz, welches in den Parlamenten in Brüssel oder in den Nationalstaaten verabschiedet wurde.

Die meisten Regeln für die Märkte sind aber ausschließlich für Konzerne gestaltet wie gerichtet und nicht für Bauern. Die Bauern stehen augenscheinlich dem Großkapital und den dahinterstehenden Institutionen, Verbände, Organisationen, Finanzkonglomerate, Banken – die ganze Finanzindustrie bzw. jene, welche diese steuern.

Würde man im Sport die gleichen Mechanismen anwenden, wie dies derzeit bei allen Themen rund um die Bewirtschaftung von Land, die Erzeugung von Lebensmittel und den Handel gehandhabt wird, dann würde es keinen Sport geben!

- ✓ Ein 100 Meter Lauf hat weltweit 100 Meter. Unterschiede kann es beim Belag, also der Lauffläche, der Höhenlage oder sonstigen Themen geben. Aber 100 Meter bleiben 100 Meter.
- ✓ Oder bei der Formel 1. Da wird jede Millimeter Abweichung sofort bestraft. Wer bei den Rennen z.B. über den Rand der Strecke hinausfährt, bekommt Strafsekunden.
- ✓ Im Skisport ist von der Bindungsplatte bis zum Sprung-Anzug alles strengstens vorgegeben, geregelt und wird streng kontrolliert.
- ✓ Oder das Beispiel Automobil, wo bei den ganzen internationalen Handelsabkommen die Landwirtschaft die großen Gewinne der europäischen Autobauer und Aktionäre der Konzerne zahlen darf: Alle Fahrzeuge sind in der Technik genormt und jede Marke ist die eigene Marke.

4

Wenn es um Lebensmittel geht, dann gelten plötzlich diese Grundsätze und Vorgaben an Spielregeln nicht. Man drangsaliert – am Beispiel Österreich mit dem Hinweis der Vorgaben aus Brüssel die Bauern Tag und Nacht. Wir haben die strengsten Vorgaben z.B. bei der Tierhaltung hier. Wenn es dann darum geht, was steht im Regal im Supermarkt, gilt das alles nicht mehr. Es ist völlig egal, welche Produktionsstandards gegeben sind. Hauptsache billig.

Da ist es völlig egal, auf welchem Transport Lebensmittel aus anderen Regionen nach Europa, in die EU kommen. Weder Flugbenzin noch Schiffstreibstoffe sind seit dem 2. Weltkrieg besteuert. Niemanden kümmert ein gewaltiges Plus bei den gesamten Transporten und den damit einhergehenden Abgasen. Aber die Kühe am Bauernhof bringen das Klima aus dem Gleichgewicht.

Man unterstellt den Bauern, sie seien Hauptverantwortliche für klimatische Veränderungen – und schon wieder erfindet man eine Regel, die Bauern – aktuell konkret die Waldeigentümer zu entmündigen, zu enteignen. Mit einer sogenannten EU-Entwaldungsverordnung. Am konkreten Beispiel sollen EU-Waldbauern die Zeche für untaugliche internationale Handelsabkommen zahlen. Handelsabkommen, die möglicherweise am gleichen Schreibtisch in Brüssel – oder zumindest im gleichen Gebäude entwickelt, erfunden wurden.

Schlechte Spielregeln und Rahmenbedingungen = schlechte Einkommen

Es würde den Rahmen dieses Schreibens sprengen, alle Beispiele aufzulisten, die man aufzeigen muss. Viele Themen sind im UBV-Programm, welches wir heute auch mit übergeben dürfen, niedergeschrieben. Das Desaster bei den Einkommen der Bauern ist aber dramatisch. Wenn wir über den Tellerrand zu den Berufskollegen in andere Länder blicken, so ist das in der Regel gleich schlecht. Wir nehmen logischerweise vor allem Bezug auf die Situation in Österreich.

Und wenn man sich das zu Gemüte führt, dann hat man schon ein sehr deutliches Sittenbild, welches geringen Stellenwert der Bauernstand derzeit hat. Es gibt nur Neid für einige Ausgleichszahlungen, damit die Bürger billig essen können. Und Ausreden für das Versagen bzw. nicht passender Spielregeln. Wie eine regionale Ernährungssicherung wirklich erhalten bleiben soll, ist – so scheint es – egal. Man bekommt eh alles im Supermarkt.

Brotkrumen für die Bauern – Milliarden für den Rest

Am Beispiel Österreich möchten wir kurz aufzeigen, wie groß die Schieflage bei den Einkommen der Bauern wirklich ist. Leider hat man den Eindruck, dass die Land- und Forstwirtschaft der Bundesregierung mehr oder weniger egal ist. Wenn man mit ein paar neuen Maßnahmen den Eindruck erweckt, es würde für die Bauern wieder neue Millionen regnen, dann wollen wir diesem öffentlichen Eindruck massiv widersprechen.

- **Das berühmte Impulspaket** in der Höhe von rund 90 Mio. Euro im Jahr oder 360 Mio. Euro in 4 Jahren. Aus unserer Sicht ist das (k)ein Impulsprogramm, sondern eine Frotzelei der Bauern. Während es für jede andere Sparte im Land Milliarden gibt, werden die Bauern mit Brotkrumen oder Brösel von der Regierung und ihren eigenen Vertreter abgespeist. Das ist ein reiner Pflanz. Im Land klopften sich die „Agrarpolitiker“ über einen vermeintlichen Coup für Agrargelder auf die Schultern. Großartiges sei gelungen. Rund 360 Millionen Euro – 90 Millionen Euro im Jahr. konnte man im Landwirtschaftsministerium lockermachen. Von den Ländern kofinanziert. Die „Tüchtigen der Agrarpolitik“ haben in ihren Augen wieder einmal eine Glanzleistung zustande gebracht, so sehen sie es zumindest.
- **Die Realität für die Bauern ist beinhart.** Wenn man positiv denkt, kann man das Bemühen ableiten, man will eine Inflationsabgeltung entwickeln. Eine UBV-Forderung seit dem Jahr 2017. Setzt man die vom „Bauernvertretern“ gefeierten „Millionen“ ins Verhältnis zu erbrachten Leistungen, dann sind das ca. 1.000 € je Betrieb und Jahr – für rund 86.000 Betriebe (Bergbauern, ÖPUL-Teilnehmer). Bei Betrieben mit 25 ha sind dies 40 € je ha.
- **Wenn man will, regnet es genug Geld**

Um etwas besser zu verstehen, warum der UBV von einer Frotzelei für die Bauern spricht, einige Beispiele zum Vergleich.

- ✓ Für das „Straßenrandmähen“ von Autobahnen, Bundesstraßen usw. gibt es im Jahr 62.000 € je ha.
- ✓ Für die AUA gab es rund um die Turbulenzen, während COVIT Maßnahmen und dem verhängten Flugverbot rund 79.000 € je Mitarbeiter an Geld vom Staat. Das Geld wurde nicht zurückgezahlt.
- ✓ **Für die österreichischen Parteien genehmigte man sich im Jahr 2023 rund 237 Mio. Euro.** Wenn es also um die Interessen der Politiker geht, spielt Geld für Politiker keine Rolle. Nimmt man die Werbemillionen dazu, die sich Ministerien bzw. Bundesregierung genehmigen, dann kommen noch rund 50 Mio. Euro im Jahr dazu. **Man kann also davon ausgehen, dass sich die Politik im Jahr allein rund 300 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt genehmigt.**
- ✓ **Beispiel Beamte:** Die Beamten gehören sicher zu jenen, die gut verdienen. Dem Staat Österreich sind die Leistungen der Beamten trotz großer Einkommen 2024 zusätzlich 1,5 Milliarden wert. 2023 war es schon eine Milliarde Euro mehr an Gehalt, 2022 waren es knapp 450 Mio. Euro. **D.h. für die Beamten gab es in 3 Jahren ein Plus beim Geld von rund 3 Mrd. Euro,** das ist in etwa der Betrag des österreichischen Agrarbudgets in einem Jahr. **Seit 2017 sind dies insgesamt rund 4,3 Milliarden mehr an Gehalt.** D.h. für die Beamten (rund 230.000 Personen) gibt es mit 1,5 Milliarden Lohnaufstockung für 2024 rund die Hälfte des aktuellen Agrarbudgets von rund 3,1 Mrd. im Jahr.

Die gesamten Lohnkosten im öffentlichen Dienst erhöhen sich damit in Österreich 2024 auf 17,68 Milliarden Euro. Es ist also genug Geld da, wenn man will!

Ein Blick in die Statistik zeigt, wo die Bauern im Vergleich mit anderen Berufen beim Einkommen stehen.

Vergleich Brutto-Durchschnittseinkommen verschiedener Gruppen im Jahr*):

- Arbeiter und Arbeiterinnen 30.030//13.434 EUR
- Angestellte 49.642//26.953 EUR
- Vertragsbedienstete (z.B. Gemeinde) 43.971//34.134 EUR
- Beamte und Beamtinnen 61.673 EUR
- Landwirtschaft: Der Grüne Bericht rechnet die Bauerneinkommen (inkl. SV-Abgaben) und nicht auf eine Arbeitskraft gerechnet mit 32.146 EUR schön. Dazu kommt, für die Berechnung der Bauerneinkommen werden 2.160 Arbeitsstunden im Jahr angesetzt, im restlichen Vergleich werden 1.670 Stunden angesetzt. D.h. die Bauern müssen rund 61 Tage mehr arbeiten, um einen echten Vergleich bei den Einkommen darstellen zu können. Wie vertrottelt ist das?!!! **Real liegt das Einkommen der Bauern nach Abzug der SV-Beiträge (rund 12.000 Euro) bei 20.146 EUR (2022)**

*) Diese Zahlen sind alle bei der Statistik Austria nachzulesen – erfasst bis 2021!

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/jaehrliche-personeneinkommen>

Nimmt man die Vorausschätzung von Kammerpräsident Josef Moosbrugger als Maßstab, der ein Minus bei den Bauerneinkommen von rund 21,5% befürchtet, dann bedeutet dies, dass die Bauern für 2023 nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge nur mehr rund 15.800 Euro an Jahreseinkommen haben werden. Das bedeutet ein sattes Minus von rund 4.300 Euro – von einem generell niedrigen Einkommensniveau ausgehend. Den Bauern fehlt ein Fünftel ihres Einkommens. Welche Berufsgruppe lässt sich das gefallen???
<https://vbg.lko.at/moosbrugger-fordert-einkommen-zum-auskommen+2400+4035670> Moosbrugger – 26. April 2024

Setzt man also die aufgezeigten Zahlen und Geldmengen in Relation zu den Bauerneinkommen, dann gibt es kein Verständnis mehr für jede neue Auflage, jede neue Schikane und gleichzeitig jede neue Kürzung bei den Agrargeldern. Das Gerede betreff heimische, regionale Versorgungssicherheit kann man sich sparen. Diese ist nicht mehr gegeben. Man muss davon ausgehen, dass sich die Bauern mit den aktuellen Vorgaben und Spielregeln in den nächsten 5 Jahren bzw. bis zum Ende der aktuellen GAP-Periode noch einmal halbieren. Wenn man verhindern will, dass in den Geschichtsbüchern im Jahr 2040 steht, in Österreich oder in Europa gab es auch einmal Bauern, der muss jetzt, sofort handeln.

Wir schreiben diese Zeilen nicht, weil wir ängstlich sind oder keine Visionen für die Zukunft hätten. Wir schreiben dies, weil wir durch die aktuellen Rahmenbedingungen kaum bis gar keine Gewinne haben und damit wirtschaftlich an die Wand fahren. Wir wollen unabhängige Bauern sein und keine Leibeigenen vom Staat oder irgendwelchen Konzernen.

*Fakt ist, wenn sich nichts rund um die GAP gravierend ändert, muss sich was auf der Straße ändern. Dann aber nicht nur durch viele Traktoren mit Licht und Lampen auf der Straße oder Renaturierungen von Autobahnen wie in Frankreich. Dann wird es hart zur Sache gehen müssen. **Z.B. Indem der gesamte Lieferverkehr an Lebensmitteln zu Supermärkten gestoppt wird.** Nur wenn es nichts mehr im Supermarkt gibt, werden Bürger und jene, die den Bauern diese unverdauliche Suppe mit keinem Einkommen einbrocken, wenn diese am eigenen Leib konkret verspüren, wie dreckig es den Bauern geht, dann wird es mit Gewalt anders werden. Wir hoffen und wünschen, dass man es mit klugen Lösungen vorher so ändert, dass die Bauern wieder eine kaufmännische Perspektive haben.*

Folgende Forderungen bzw. Lösungsvorschläge braucht es aus Sicht des UBV SOFORT!

Forderung 1: Abgeltung der Inflation bei allen öffentlichen Geldern

Es braucht sofort die Abgeltung der Inflation bei allen öffentlichen Geldern, rückwirkend mit dem Stichtag 1.1.2000. Das gilt für alle Geldleistungen aus Brüssel wie nationalen Geldflüsse. Wir erwarten, dass dies genauso selbstverständlich ist, wie für den gesamten öffentlichen Sektor einschließlich Politik. Wie groß die Schieflage bei den Einkommen der Bauern ist, zeigen unsere Beispiele vom Milchpreis. Dieser Dramatik muss man keine weiteren Worte mehr hinzufügen.

7



Ohne Inflationsabgeltung überlebt kein Bauer!

Beispiel Milch: Wer kassiert die höheren Spannen?

Entwicklung Erzeugermilchpreis / pro Liter

1994 – Erzeugermilchpreis	= 54 Cent oder 7,40 Schilling
2021 – Erzeugermilchpreis	= 39 Cent oder 5,40 Schilling
2022 – Erzeugermilchpreis	= 60 Cent oder 8,26 Schilling
2023 – Erzeugermilchpreis	= 49 Cent oder 6,74 Schilling
2023 – Erzeugermilchpreis mit Indexanpassung	= 97 Cent oder 13,35 Schilling

Die Preisentwicklung (Index 1995=100) beträgt seit 1995 rund 186, d.h. der Bauernmilchpreis müsste bei rund 1 Euro liegen!

Quelle: <https://wko.at/statistik/prognose/inflation.pdf>

Entwicklung Konsumentenmilchpreis / pro Liter

1994 – Konsumentenmilchpreis	= 76-86 Cent oder 10,90-11,90 Schilling
2021 – Konsumentenmilchpreis	= 1,26-1,36 Euro oder 17,34-18,71 Schilling
2023 – Konsumentenmilchpreis	= 1,50-1,80 Euro oder 20,64-24,77 Schilling

Differenz Bauernmilchpreis - Konsumentenmilchpreis

1994 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis	= 22-30 Cent oder 3,30-4,50 Schilling
2021 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis	= 90 Cent oder 12,52 Schilling
2023 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis	= 100-130 Cent oder 14-17 Schilling

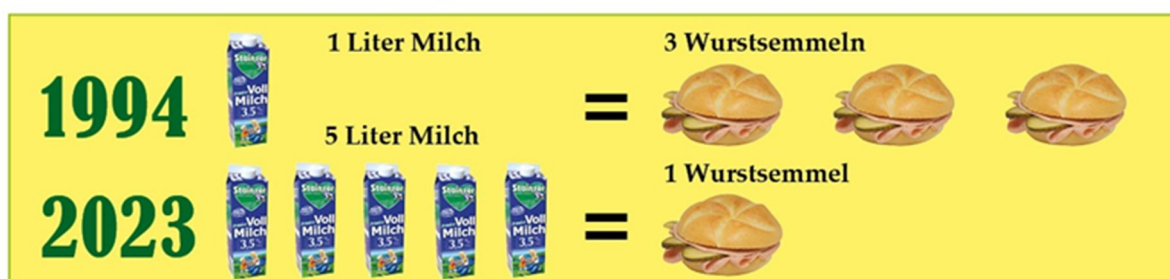
Bauerneinkommen – Beispiel Milch Seit 1994 bis zu 90 % Kaufkraftverlust



Beispiel Milch mit Wurstsemmel:

1994 konnte man sich beim Verkauf von 1 Liter Milch rund 3 Wurstsemmeln kaufen.

2023 muss man 5 Liter Milch verkaufen, damit man sich 1 Wurstsemmel leisten kann!



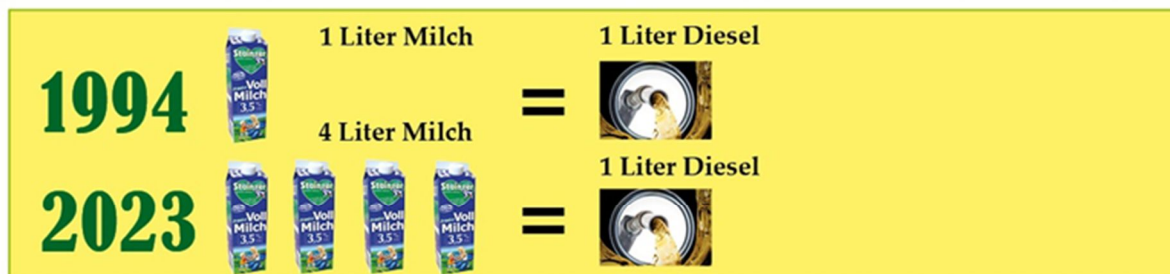
Beispiel Milch mit Betriebsmittel (Diesel):

1994 konnte man sich mit dem Verkauf von 1 Liter Milch 1 Liter Diesel kaufen.

(Dieselpreis – ca. 55 Cent; Milchpreis – ca. 53 Cent)

2023 müssen wir 4 Liter Milch für 1 Liter Diesel verkaufen.

(Dieselpreis – ca. 180 Cent, Milchpreis – ca. 49 Cent oder weniger)



Der Kaufkraftverlust von 90 % und mehr trifft praktisch in jeder Sparte zu!

Warum?

- Weil wir keine Abgeltung der Inflation haben – weder bei den Erzeugerpreisen, noch bei den Ausgleichszahlungen. Im Gegensatz dazu sind die Betriebsmittel um das 3- bis 5-fache gestiegen.
- Bei einer Inflationsabgeltung (wie sonst überall) wäre der Bauernmilchpreis heute bei rund 97 Cent. Der Index stieg seit dem EU-Beitritt um rund 80 % – von 100 auf 180.
- Weil bei Import-Lebensmitteln, die dann im Regal des Lebensmittelhandels stehen, andere Spielregeln gelten. Vieles ist bei Import-Lebensmitteln erlaubt, was bei uns verboten ist.

Faire Spielregeln sehen anders aus. Diesen ungleichen, unfairen Wettbewerb lehnen wir ab.

Das Beispiel Milchpreisentwicklung und Kaufkraft zeigt ungeschminkt auf, wie krank das politische System und die von der (Agrar-)Politik geschaffenen Spielregeln für die Bauern, die Land- und Forstwirte in Österreich sowie in der EU sind. Die Politik schafft nur Rahmenbedingungen für die internationalen Konzerne. Die Bauern sind völlig egal. Die aktuelle gemeinsame EU-Agrarpolitik GAP ist ein Himmelfahrtskommando für die Bauern in der ganzen EU.

Die Fortschreibung dieses Bauern-Vernichtungsprogramms GAP wird in Österreich von den Bauernvertretung als Erfolg bewertet. Warum eigentlich? Und es stellen sich folgende Fragen:

- Was läuft bei der Entwicklung der Erzeugerpreise für die Land- und Forstwirte falsch?
- Wer nimmt hier seine Verantwortung nicht wahr bzw. warum werden die Bauerninteressen nicht vertreten?
- Wer stellt seit 1986 den Agrarminister und trägt seit 37 Jahren für die Entwicklung der Bauer-Einkommen die Verantwortung?

Diese desaströsen Erzeugerpreise in praktisch jeder Sparte ruinieren die Bauernexistenzen.

Bauern haben nur eine ökonomische Zukunft, wenn es eine andere, eine neue Agrarpolitik gibt!

Forderung 2: Anhebung der Mehrwertsteuer bei Agrarprodukten auf 20 %

Wir wollen die generelle Anhebung der Mehrwertsteuer für Erzeugnisse aus der Land- und Forstwirtschaft ab 2024 auf 20 %. Damit wird eine Sofortmaßnahme für eine Inflationsabgeltung für die Land- und Forstwirte rasch umgesetzt. Die Bauern haben so rasch und unmittelbar eine Erleichterung bei den zahllosen finanziellen Belastungspaketen, die sie stemmen müssen.

9

Forderung 3: Eine echte Leistungsabgeltung aller erbrachten Leistungen durch die Bauern

Wir fordern eine echte Leistungsabgeltung aller durch den Bauern erbrachten Leistungen ab 2024. Diese echte Abgeltung auf der Basis Bewirtschaftung von 1 ha Land kann man nach dem UBV-Modell – siehe Beispiel aus 2018, umzusetzen. Im Zusammenhang mit den Geldern aus Brüssel braucht es generell einen kompletten Paradigmenwechsel. Es kann nicht sein, dass ca. 10 % der Betriebe in der EU rund 60 % der Gelder bekommen und der Rest – also 90 % - den Rest. Unser Plan sieht dazu eine Deckelung ab 100 Hektar vor, davor eine Staffelung. Das aktuelle Modell wird die Bauern ökonomisch ruinieren. Vielleicht will man das? Jedenfalls muss sich das aus unserer Sicht sofort ändern. So kann man Bauern dann ökonomisch wieder wirklich stärken.

■ Abgeltung je ha Kulturland:

- 1 - 30 ha 900,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- 31 - 60 ha 700,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- 61 - 100 ha 500,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)
- Über 100 ha 200,00 Euro – davon 150,00 € als CO₂-Prämie (inkl. Almflächen)

■ Biobauern: + 400,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

■ Tierhalter: + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen) Vorgaben: mindestens 0,5 GVE & max. 2 GVE je ha, Auslaufmöglichkeit bzw. & Laufstall

■ Tier-Wohl: + 300,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

Für Benachteiligungen bei der Bewirtschaftung gibt es folgende Staffelungen je ha:

- Erschwernis 1 + 100,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 2 + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 3 + 300,00 Euro je ha (ohne Almflächen)
- Erschwernis 4 + 500,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

■ Landschaftselemente: + 200,00 Euro je ha (ohne Almflächen)

■ Beim Wald gilt folgende Staffelung:

- 1 - 30 ha 400,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- 31 - 60 ha 350,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- 61 - 100 ha 300,00 Euro – davon 200,00 € als CO₂-Prämie
- Über 100 ha 200,00 Euro – davon 150,00 € als CO₂-Prämie

■ Für Flächen über 1.000 ha gibt es keine Leistungsabgeltungen mehr, bei der CO₂-Prämie sind jedoch 100,00 Euro angesetzt.



Beispiel:

Ein Betrieb hat 110 ha. Dann gibt es für die ersten 30 ha 900 €/ha, für die zweiten 30 ha 700 €/ha und für die 40 ha auf 100 ha 500 €/ha. Für die 10 ha darüber gibt es 200 €/ha.

Dazu gibt es bei jedem Betrieb die Option von Zuschlägen für Bio (bei Biobauern) bzw. generell für Tierhalter sowie für Tierwohl und Landschaftselemente (jeweils ohne Almflächen)!

Die angeführten Zahlen sind an die Inflation anzupassen. Dazu sind die Leistungszahlungen gedeckelt.

Forderung 4: Abgeltung der Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff

Die Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die mit der aktiven Bewirtschaftung CO₂ speichern und Sauerstoff erzeugen. Wir fordern daher die Leistungs-Abgeltung für die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff durch eine aktive Land Bewirtschaftung durch Bauern. Es ist nicht einsichtig, dass Konzerne oder Autofirmen wie (TESLA – Musk) CO₂ Zertifikate handeln, obwohl sie selbst kein Land bewirtschaften und wir Bauern sind die dummen. Dazu muss der CO₂ Zertifikatshandel für Landwirte unkompliziert ermöglicht werden. Am Beispiel THG Handel für Besitzer eines E-Autos wird gezeigt, wie einfach das gehen kann.

10

Ziel: STAATSVETRAG

Wir fordern eine Leistungsabgeltung für die Speicherung von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff auf – durch Bauern – bewirtschaftete land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Das geht nur durch Bewirtschaftung!

Abgestorbene Flächen oder brach liegende Flächen = keine grünen Pflanzen bzw. Blätter = kein Chlorophyll = keine Photosynthese = keine Sauerstoffproduktion!

Es braucht grüne Wiesen, Felder und Wälder. Das garantieren die Land- und Forstwirte jedes Jahr!



Wir fordern eine CO₂-Prämie von 200 Euro je Hektar

für die Erzeugung von Sauerstoff und die Bindung von CO₂ im Boden oder im Wald.

Das geht nur durch Bewirtschaftung!

Abgestorbene Flächen oder brach liegende Flächen = keine grünen Pflanzen bzw. Blätter = kein Chlorophyll = keine Photosynthese = keine Sauerstoffproduktion!

Es braucht grüne Wiesen, Felder und Wälder. Das garantieren die Land- und Forstwirte jedes Jahr!



Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben

Was leisten die Bauern am Beispiel ACKERBAU an CO₂ und Sauerstoff?

- Wir speichern bei **GETREIDE** je Hektar rund **24 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **18 Tonnen O₂** im Jahr.
- Wir speichern bei **MAIS** je Hektar rund **32 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **24 Tonnen O₂** im Jahr.
- Wir speichern bei **KARTOFFELN** je Hektar rund **24 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **18 Tonnen O₂** im Jahr.
- Wir speichern bei **WINTERRAPS** je Hektar rund **14 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **10,8 Tonnen O₂** im Jahr.
- Wir speichern bei **ZUCKERRÜBEN** je Hektar rund **36 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **27 Tonnen O₂** im Jahr.

Was leisten die Bauern am Beispiel WALD und GRÜNLAND an CO₂ und Sauerstoff?

- Wir speichern bei **GRÜNLAND** je Hektar rund **24 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **18 Tonnen O₂** im Jahr.
- Wir speichern bei **ENERGIEHÖLZERN** je Hektar rund **20 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **15 Tonnen O₂** im Jahr.
- Wir speichern bei **BUCHENWALD** je Hektar rund **12 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **18 Tonnen O₂** im Jahr.
- Wir speichern bei **LAUBWALD** je Hektar rund **12 Tonnen CO₂** und erzeugen rund **15 Tonnen O₂** im Jahr.
- Wir speichern bei **NADELWALD** je Hektar rund **10-13 Tonnen CO₂** und erzeugen bis zu **30 Tonnen O₂** im Jahr.

Forderung 5: Verbot des Handels und des Imports von Lebensmittel, die nicht die gleichen Auflagen in der Produktion haben, wie wir

Wir fordern konkret das Verbot des Handels und das in Verkehr bringen von Lebensmitteln, egal ob aus dem EU-Ausland oder aus Drittstaaten, wenn diese nicht die gleichen Auflagen bei der Produktion haben, wie wir z.B. in Österreich. Das ist wie bei den Spielregeln im Sport anzuwenden. Die aktuell gelebte Praxis mit dem freien Warenverkehr ermöglicht dem Betrug Tür und Tor. Ungleiche Übergangszeiten bei Änderung von Vorgaben gehen immer auf Kosten jener, die schneller oder früher umstellen (müssen).

Forderung 6: Sofortige Kontrolle beim Handel mit Lebensmittel

Derzeit sind dem Betrug beim Handel mit Lebensmittel Tür und Tor geöffnet. Am Beispiel der illegalen Importe von z.B. Geflügel aus der Ukraine, dass plötzlich zum EU-Geflügel wird oder die unkontrollierten ukrainischen Getreideimporte in die EU – auch direkt nach Österreich – sieht man, dass es dringend eine sofortige Kontrolle beim Handel mit Lebensmittel braucht. Anstatt die Bauern zu sekkieren, sollen AK, die LK und die AMA diese Kontrollen durchführen. Jeder Missbrauch, der von der EU nicht geregelt wird, muss für jene, die finanziell wegen schlechter Spielregeln benachteiligt werden, finanziell ausgeglichen werden.

11

Forderung 7: Einführung einer unverwechselbaren Herkunfts-Kennzeichnung

Die Lebensmittel Herkunfts-Kennzeichnung ist unmittelbar neu zu regeln, damit sich der Konsument nicht mehr verbiegen muss, um zu verstehen, was er einkauft. Es braucht eine einfache, unkomplizierte, aber nachvollziehbare Herkunfts-Kennzeichnung. Es muss leicht verständlich draufstehen, wo die Lebensmittel herkommen. Damit hat man zwar nicht mehr Geld verdient, aber es gibt Klarheit bei der Produktherkunft.

Forderung 8: Nein zur Gentechnik Schere

Wir lehnen die von Brüssel geplante Anwendung einer „Gentechnik Schere“ ab. Wir wollen freie Bauern bleiben und brauchen keine Genschere für angeblich mehr Ertrag. Dieser Plan ist ein weiterer Schritt in eine totale Konzernabhängigkeit. Wir brauchen Spielregeln, die uns unterstützen und nicht solche, welche die bäuerlichen Existenzen ruinieren. Dazu muss man ergänzend festhalten, dass wir das gesamte Konzept des Marketings am Beispiel der Milch seit vielen Jahren auf komplett gentechnikfreier Fütterung aufgesetzt haben. Jetzt soll das alles umsonst sein? Das ist ein Irrgarten ohne Auswege für die Bauern, schafft nur Abhängigkeit für sie und bringt keine Problemlösung.

Forderung 9: Keine Internationalen Handelsverträge ohne komplette finanzielle Abgeltung für die heimische Landwirtschaft bei Benachteiligungen

Keine internationalen Handelsverträge mehr, ohne einen vollkommenen – Index gebundenen, finanziellen Ausgleich für die Bauern für entstehende Benachteiligungen. Dieses Vorgehen ist gesetzlich zu verankern. Derzeit zahlt die Landwirtschaft in der Regel die Gewinne von Konzernen anderer Branchen. Das ist für die Bauern kein akzeptables Modell für eine ökonomisch nachhaltige Wirtschaftsweise.

Forderung 10: Preisvorgabe bei den Grundnahrungsmitteln für den LEH, max. 100 % Aufschlag

Es braucht bei den Grundnahrungsmitteln eine Preisvorgabe – vergleichbar mit einem Mindestlohn bei unselbständig Beschäftigten. Die gesetzliche Festschreibung von Mindestpreisen für die Bauern bei Lebensmitteln ist notwendig, damit die Produktion von regionalen Lebensmitteln erhalten bleibt. Jedenfalls sehen auch Vertreter des LEH diesen Schritt als überlegenswert wie umsetzbar.

Bei importierten Waren muss gelten: EU weit jeweils im betroffenen Land maximal 100 % Preisauflaufschlag auf den Einkaufspreis, damit sind regionale Lebensmittel auch geschützt und das Preisdumping gegenüber regionalen Produkten wird abgestellt.

Forderung 11: Gesetzlich verankertes Wassernutzungsrecht für die Landwirtschaft

Wir brauchen eine gesetzliche Verankerung mit einem unwiderruflichen Wasser Nutzungsrecht für die Landwirtschaft, damit diese gesichert für die Zukunft planen kann. Diese gesetzliche Verankerung für die Wassernutzung zur Erzeugung von Lebensmittel ist unabdingbar. Dazu braucht es auch einen echten Wasserwirtschaftsplan für die Land- und Forstwirtschaft – europaweit.

12

Forderung 12: Stopp der Bürokratie – Reduktion der Auflagen und der Behörden um 50 %

Wir fordern den Wucher an Bürokratie sofort zu stoppen. Das gilt von Brüssel bis nach Wien. Wir wollen nur mehr einen Mehrfachantrag je Periode. Korrekturen müssen unkompliziert jährlich möglich sein.

**Wir fordern eine Reduktion der Bürokratie und der Behörden um mindestens 50 %.
Dazu fordern wir, dass die aktuelle Kontrollwut in der aktuellen Form gestoppt wird bzw.
man diese für die Bauern zumutbar neu aufsetzt.**

Es kann nicht sein, dass immer weniger Bauern mit immer mehr Kontrolloren konfrontiert sind. Und, dass wir bei jeder Arbeit wie in einem offenen Gefängnis sitzen und fragen müssen, ob wir was tun dürfen, um nicht als kriminell abgestempelt zu werden.

Dazu gehört generell auch ein Ende der Schikanen durch die AMA. Am Beispiel Kleintierhaltung z.B. Ziegen, hat ein Betrieb auch einige Ziegen am Betrieb, zieht man auch hier ein unerträgliches Kontrollsystem auf. Das sind Schikanen, die sind umgehend abzustellen.

Forderung 13: Jährlicher verpflichtender Quercheck aller Maßnahmen mit den Bauern

Wir fordern einen verpflichteten jährlichen Quercheck mit Bauern die Maßnahmen bzw. Vorgaben die GAP betreffend. Die aktuelle EU-Agrarpolitik mit den nationalen Ergänzungen und Verschärfungen durch Akteure, die von unserem Geld leben, aber unsere Arbeit nicht verstehen, muss sich komplett ändern. Wir fordern dazu 1 x (einmal) im Jahr einen Maßnahmen Quercheck mit den Bauern. Das Ergebnis ist innerhalb eines Monats auszuwerten und die notwendigen Adaptierungen sind unmittelbar in bestehende Programme einzuarbeiten wie umzusetzen. Jeder Unternehmer korrigiert sofort falsche Pläne oder Schwachstellen. Den Bauern mutet man zu, dass sie 7 Jahre lang mit Fehlern und falschen Vorgaben wirtschaften sollen. Das muss sich sofort ändern.

Wir fordern dazu generell, dass jedes Land 100 Praktiker aus allen Sparten nominiert, die jede neue geplante Maßnahme auf deren Praxistauglichkeit prüft. Erst wenn aus der Sicht der Praxis eine praxistaugliche Lösung am Tisch ist, darf diese zu einer Abstimmung bzw. Umsetzung kommen.

Forderung 14: Praxistaugliche Toleranzgrenze bei Abweichungen

Wir fordern eine gesetzliche Verankerung für einen praxistauglichen Toleranzpegel bei allen GAP-Maßnahmen. Land bewirtschaften ist keine Reißbrettarbeit, sondern sie ist mit vielen Herausforderungen in und mit der Natur verbunden. Daher braucht es einen Toleranzpegel für Abweichungen, welcher der Praxis entspricht und nicht dem Papier, welches nach theoretischen Träumereien erstellt wurde.

Forderung 15: Stopp der sittenwidrigen Verträge

Wir fordern die derzeit praktizierte Handhabe bei Zeichnung von Mehrfachanträgen sofort zu ändern. Konkret fordern wir einen Stopp der sittenwidrigen Verträge. Diese sieht so aus, dass der Antragsteller immer – sprich Bauern – bei Fehlern zur Verantwortung gezogen wird, auch wenn ein „Fehler“ von einem anderen (externen Berater wie LK oder AMA) gemacht wurde. Zur Verantwortung gehört auch, dass die aktuell gelebte Praxis – bei Fehlern haftet immer der Bauer – nie das unterstützende Organ wie z.B. die Bauernkammer oder sonstige Hilfesteller sofort beendet wird. Das sind sittenwidrige Verträge.

13

Forderung 16: Verbot des Inverkehrbringens von synthetischen Futter- und Lebensmitteln

Wir fordern ein gesetzliches Verbot des Inverkehrbringens von synthetischen Futter- und Lebensmitteln nach italienischem Vorbild. Das Zulassungsverfahren der „Neuen Gentechnik“ soll vom bisher geltenden Recht, das die Zulassung der „neuen Gentechnik“ nach den Regeln für „klassische Gentechnik“ erfolgt, entkoppelt werden.

Der aktuelle Vorschlag würde das Zulassungsverfahren stark vereinfachen und beinhaltet weder eine Kennzeichnungspflicht noch Lösungen für die Koexistenz, keine Opt-out Möglichkeit (=keine Möglichkeit einer nationalstaatlichen, souveränen Entscheidungsfreiheit gegen die „neue Gentechnik“) für Mitgliedstaaten, sowie keine Änderung im europäischen Patentübereinkommen. Für die österreichische Landwirtschaft bedeutet dies das Ende der „Gentechnikfreiheit“ mit all seinen marktwirtschaftlichen Folgen.

Forderung 17: Sofortiger Stopp des geplanten Bürokratie Wahnsinns EU-Entwaldungsrichtlinie

Der letzte Punkt passt zur Einleitung wie die berühmte Faust aufs Auge:

Die geplante EU-Entwaldungsrichtlinie. Wir lehnen die EU-Verordnung EUDR in dieser Form komplett ab! Aus österreichischer Sicht ist die gesamte Verordnung absolut sinnlos, wir haben das strengste Forstgesetz – seit Maria Theresia – dieser Welt.

Es braucht neue Wege in der gemeinsamen Agrarpolitik – GAP. Dazu gehört auch das unglaubliche Vorhaben, die österreichischen Waldbesitzer bzw. Waldeigentümer bei einer allfälligen geplanten Nutzung ihres Waldes – also bei einer Entnahme von Bäumen – mittels eines kompletten Bürokratiewahnsinns praktisch zu entmündigen, um nicht zu sagen zu enteignen.

Man hat den Eindruck, jene, die diese EU-Verordnung über Entwaldungsfreie Produkte („EUDR“) erfunden haben, sind von allen guten Geistern verlassen. Vereinfacht auf den Punkt gebracht wollen komplett praxisfremde in Brüssel, dass man jeden Baum, jedes Stück Holz, welches aus einem Wald entnommen wird, per GPS-Daten hinsichtlich Erntestandort kennzeichnet. Das beginnt beim Waldbesitzer und geht weiter hin bis zu den Verarbeitern wie Sägeindustrie oder Papierindustrie. Abgesehen vom Datenwahnsinn ist das eine klare Entmündigung – im Grunde eine Enteignung der Waldbesitzer.

Weil es in einigen Regionen dieser Welt einen totalen Missbrauch bei der Waldrodung bzw. Waldnutzung gibt, um z.B. Soja anzubauen, sollen z.B. die Waldbesitzer in Österreich gehänselt, bestraft wie entmündigt werden. Es trifft am Ende die komplette europäische Land- & Forstwirtschaft mit aller Härte. Es gilt zudem: jeder Zukauf von Futtermittel, welche auf Flächen produziert werden, die durch Rodung von Wald entstanden sind, wird genauso festgehalten und mit Konsequenzen geahndet – sprich verboten.

Der Stopp des Imports von Eiweißfuttermittel, wie z.B. Soja aus diesen Regionen nach Europa geht grundsätzlich in Ordnung.

Wer aber so rigorose Handelseinschnitte bei Lebensmittel plant, der muss dann generell in jeder Hinsicht bei den Spielregeln wie Rahmenbedingungen konsequent sein. Das findet aber nicht statt. Dann dürfte nämlich auch kein Fleisch bzw. dürften dann auch keine anderen Lebensmittel mehr aus all jenen Regionen außerhalb Europas nach Europa importiert werden, welche auf der Basis der Waldrodungen oder sonstigen Missbrauchs von Boden aber auch von Menschen, erzeugt wurden.

Diese Spielregeln ändern sich aber nicht, weil die Rahmenbedingungen in den internationalen Handelsverträgen anders geregelt sind. Diese Verträge sind für Konzerne gestaltet, nicht für Bauern. Die EU drückt den Bauern nicht nur Handelsverträge aufs Aug, damit andere Wirtschaftsbereiche fette Gewinne machen können. Die EU plant mit dem aktuellen Regelwerk einer EU-Verordnung über Entwaldungsfreie Produkte einen Totalanschlag auf das Eigentum der Waldbesitzer. Auf den Punkt gebracht ist das die komplette Entmündigung bzw. Enteignung des europäischen Bauernstandes – ihren Wald betreffend.

Jährlicher Waldzuwachs in Österreich von 2.000 bis 3000 Hektar.

Wie pervers die Ideen in Brüssel sind, beweist die Waldinventur in Österreich. Demnach werden hier bei uns bzw. wachsen jährlich rund 2.000 bis 3.000 Hektar an Wald mehr bzw. zu. Mit anderen Worten, bei uns nimmt die Waldfläche jährlich enorm zu. In den letzten 50 Jahren sind demnach rund 330.000 Hektar neu an Wald entstanden.

Dass den Missbrauch in anderen Regionen der Welt nun die Waldbauern bzw. Waldbesitzer hier bezahlen sollen, ist ein neuer Gipfel an bodenloser Frechheit aus Brüssel. In Österreich hat man das strengste Waldgesetz – weltweit seit Maria Theresia. Das lernt eigentlich jeder hier bei uns, der eine landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Ausbildung, egal wo, macht. Nur unsere Vertreter dürften dies nicht wissen.

Für den UBV sind diese Vorschläge für Österreich und viele andere europäische Staaten komplett unakzeptabel. Agrarminister Norbert Totschnig hat zu diesen Vorschlägen „Njet“ gesagt. Es gibt dazu die Möglichkeit einer Petition. Eine Petition löst bzw. stoppt diesen Bürokratiewahnsinn jedoch nicht. Der UBV verlangt angesichts dieses erneuten Desasters aus Brüssel sowie auch des offensichtlichen Komplettversagens der Bauernvertretung einen sofortigen Stopp dieses geplanten Bürokratie Molochs. Dieses Vorhaben demoliert unsere Forstwirtschaft. Und es bestätigt sich wieder: es braucht eine komplette Neuausrichtung der GAP. Alles andere ist ein reines Himmelfahrtskommando für die Land- und Forstwirte in den Alpen – für die meisten Waldbauern mit tödlichem Ausgang – sprich die Existenzen sind kaputt!

Es braucht – wie wir vom UBV in unserem Programm sowie in unzähligen Anträgen vorgeschlagen haben, einen kompletten Paradigmenwechsel für die Land- und Forstwirtschaft. Wir brauchen neue, echte Spielregeln und Rahmenbedingungen, die unseren Bauern wieder ökonomische Perspektiven geben. Auch im Sinne einer besseren Welt. Aber nicht einen zentralistischen, ideologisch geprägten Anschlag eines „neuen“ – ideologisch grün geprägten Kommunismus durch die Zentralstellen in Brüssel auf unsere Bauern. Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik.



Schlussbemerkung

Lieber Wolfgang Burtscher!

Jetzt sind es doch wieder deutlich mehr Zeilen, Zeichen und Themen geworden, als wir das geplant hatten. Aber es brennt ökonomisch dramatisch der berühmte Hut für den Bauernstand.

Wir tun dies, weil wir tiefe Wurzeln haben und uns nicht von unseren Höfen wegreißen lassen wollen. Wir sind seit der industriellen Revolution viele Änderungen aktiv mitgegangen und haben auf unseren Höfen alles auf den Kopf gestellt, was man auf den Kopf stellen kann.

Wir müssen aber erkennen, dass wir jetzt am Limit sind. Daher sind wir hier bei dir in Brüssel. Wir sind Bauern, keine Funktionäre. Wir zahlen unser gesamtes Engagement aus unseren eigenen Taschen bzw. mit dem, was wir mit unserer Arbeit erwirtschaften.

Wir bitten dich eindringlich, unsere Gedanken ernsthaft zu prüfen und den aktuellen Irrweg bei zu vielen Fragestellungen abzustellen bzw. zu stoppen. Wir sind überzeugt, dass du das mit deinem Team kannst. Es gilt wie immer im Leben: „Wo ein Wille, da ein Weg“. Auf die Politik wollen wir uns nicht mehr verlassen.

Herzliche Grüße

Besorgte aber mutige Bauern aus Österreich, die sich im UBV für Bauernanliegen engagieren.

Wieviel muss ein Bauer verkaufen, um eine Rechnung in der Höhe von 1.000 Euro bezahlen zu können?



16

172 Mastschweine



6 Cent Gewinn je kg Schlachtgewicht

15 Mastrinder

mit 380 Kilo Schlachtgewicht



17 Cent Gewinn je kg Schlachtgewicht

50.000 Liter Milch



2 Cent Gewinn je kg Milch

100 Ferkel



32 Cent Gewinn je kg Ferkel

20.000 Kilo Äpfel



5 Cent Gewinn je kg Äpfel

© UBV Steiermark

**Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben**

www.ubv.at